

Grünen-Politikerinnen fordern: „Niedersachsen kohlefrei“

Abgeordnete Dr. Julia Verlinden und Imke Byl sprachen mit Peiner Vertretern über den Ausstieg aus der Verbrennung

VON ANTJE EHLERS



Von links: Uwe Schmidt (Nabu), Hans-Werner Kuklik (Bio AG), Martina Goetzke, Dr. Julia Verlinden, Heiko Sachtleben, Monika Berkhan, Katrin Yesim-Rupp, Imke Byl und Stefanie Weigand (alle Grüne). Foto: Antje Ehlers

Peine. „Niedersachsen kohlefrei“: Unter diesem Motto besuchten die beiden Grünen-Politikerinnen Imke Byl (Landtagsabgeordnete und Sprecherin für Umwelt, Energie, Klimaschutz und Frauenpolitik) sowie die Bundestagsabgeordnete Dr. Julia Verlinden sieben Standorte in Niedersachsen, an denen Kohle in Kraftwerken verfeuert wird. Gestern waren sie in Peine zu Gast in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen.

Wann das Kraftwerk Mehrum den Betrieb einstellt, ist derzeit unklar. oh

In Gesprächen mit Vertretern des Kraftwerks Mehrum, örtlichen Partei-Politikern sowie Vertretern von Natur- und Umweltschutzverbänden wollten sich Byl und Verlinden über den aktuellen Stand des Kohleausstiegs im Kraftwerk Mehrum informieren. „Wir haben dabei erfahren, dass für Mehrum noch kein Ausstiegsdatum aus der

Kohleverbrennung festgelegt wurde. Allerdings liegt das vorrangig an fehlender Planungssicherheit durch fehlende Rahmenbedingungen seitens der Politik.“ Für die Mitarbeiter hingegen sind Sozialpläne vorbereitet, sollte es zum schnellen Ausstieg schon 2020 kommen“, sagte Byl.

Beide Politikerinnen fordern ein zunehmendes Umdenken und schnelles Handeln der schwarz-roten Bundesregierung, um entsprechende mit einem Fahrplan zum Kohle-Ausstieg Rahmenbedingungen zu schaffen, die den noch bestehenden Kraftwerken Planungssicherheit für die kommenden Jahre geben. Schließlich erfüllt Deutschland zurzeit nicht die Bedingungen des Pariser Klimaabkommens von 2015, es drohen Strafzahlungen in Milliardenhöhe.

„Technisch gesehen ist eine Versorgung von Deutschland mit regenerativen Energien durchaus möglich. Wir brauchen jetzt politische Entscheidungen, damit auch die Betreiber den Ausstieg, beziehungsweise notwendige Investitionen, planen können“, bekräftigte Verlinden.

In Braunschweig und Wolfsburg sei man schon einen Schritt weiter, wissen die Politikerinnen. Dort sei das Ende der Kohlekraftwerke und der Umstieg auf alternative Energien für die Strom- und Wärmeerzeugung beschlossen, mögliche Alternativen werden derzeit abgewogen.

In naher Zukunft werden Byl und Verlinden die Ergebnisse ihrer Besuche der Standorte auswerten, in die entsprechenden Gremien von Bundes- und Landtag mitnehmen und gegebenenfalls weitere Debatten mit den Kraftwerksbetreibern führen. Sie waren erfreut, dass mit Heiko Sachtleben auch ein Vertreter des Landesvorstandes der Partei in Peine anwesend war.